



7. Juni 2016

Niederschrift

über die Sitzung des Landesjugendhilfeausschusses Rheinland-Pfalz
(14/24) am 25. April 2016

im Rathaus Mainz, Ratssaal,
Jockel-Fuchs-Platz 1, 55116 Mainz

Teilnehmer: siehe Anwesenheitsliste

Dauer: 10 Uhr - 13 Uhr

Festgestellte Tagesordnung:

1. Eröffnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Festlegung der Tagesordnung
3. Bestellung einer/s Präsidentin/en für das Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung
hier: Anhörung des Landesjugendhilfeausschusses gemäß § 7 Abs. 2 AGKJHG i.V.m. § 3 Abs. 3 Satzung Landesjugendamt
4. Annahme der Niederschrift über die Sitzung am 30. November 2015
5. Information aus den Fachausschüssen des LJHA
6. Information aus den Ministerien und der Verwaltung des Landesjugendamtes
7. Vorlage Nr.43
Profil und Zusammensetzung der Fachausschüsse
hier: Auftrag an die Fachausschüsse zur Neustrukturierung
8. Vorlage Nr.44
Empfehlung der Fachausschüsse an die zukünftigen Fachausschüsse
hier: Auftrag an die Fachausschüsse zur Bilanzerstellung
9. Empfehlungen zur Vollzeitpflege; Arbeitspapier der Jugendämter
hier: Rückgabe des Auftrages durch den Fachausschuss 3
10. Vorstellung des Jugendarrestvollzugsgesetzes
11. Verschiedenes



zu TOP 1: Eröffnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende Albrecht Bähr eröffnet die Sitzung. In seiner Begrüßung geht Herr Bähr auf den Koalitionsvertrag der neuen Landesregierung ein. In der künftigen Legislaturperiode sollte der Fokus des Landesjugendhilfeausschusses nach seiner Auffassung auf der Leistungsfähigkeit der Kinder- und Jugendhilfe sowie auf der stärkeren Beachtung der Interessen von Familien, Kinder und Jugendlichen liegen. Ein wichtiger Aspekt sei die Stärkung der Partizipation von Kindern und Jugendlichen zum Beispiel in Prozessen zur Veränderung von Strukturen. Dafür ist die Förderung der außerschulischen Jugendarbeit ein wichtiger Baustein. Hier wird den jungen Menschen der Raum gegeben, sich zu beteiligen, zu engagieren, so Herr Bähr. Positiv bewertet wird neben der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und der Stärkung des Individuums auch die Fokussierung auf die eigenständige Jugendpolitik im Koalitionsvertrag. Der angekündigte Abbau von 2.000 Stellen auf Landesebene sollte sich nur sehr moderat auf das Landesjugendamt auswirken, denn nur ein starkes Landesjugendamt und somit ein starker Landesjugendhilfeausschuss kann die gestellten Aufgaben bewältigen.

Herr Steinberg bittet um ein Schreiben seitens des Landesjugendhilfeausschusses zur Namensänderung des zuständigen Ministeriums. Der aktuelle Name des Ministeriums „Gesellschaft, Integration und Verbraucherschutz“ beinhalte nicht explizit die Bezeichnungen „Familie“, „Jugend“ und „Frauen“. Unter dem allgemeinen Begriff „Gesellschaft“ würden die Inhalte der Kinder- und Jugendhilfe verschwinden, so Herr Steinberg. Es wird um Wiederaufnahme der Begriffe „Familie, Jugend und Frauen“ im Namen des Ministeriums gebeten. Der Landesjugendhilfeausschuss unterstützt mit großer Mehrheit das Anliegen

Herr Bähr geht auf die Ankündigung von Ministerin Irene Alt ein, für eine zweite Amtszeit nicht mehr zur Verfügung zu stehen. Er dankt ihr für die individuelle, unkonventionelle und sympathische Art und Weise, ihr Amt nach außen hin auszuüben. Frau Alt sei eine Politikerin mit Herz und Leidenschaft ohne Allüren, die stets versucht habe mit den Partnerinnen und Partnern partizipatorisch die aktuellen Themen anzugehen und auf den Weg zu bringen, dafür bedanke sich der Landesjugendhilfeausschuss ausdrücklich, so der Vorsitzende.

Die ordnungsgemäße Einladung zur Sitzung und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses werden festgestellt.

zu TOP 2: Festlegung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird ohne Änderungen angenommen.

**zu TOP 3: Bestellung einer/s Präsidentin/en für das Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung
hier: Anhörung des Landesjugendhilfeausschusses gemäß
§ 7 Abs. 2 AGKJHG i.V.m. § 3 Abs. 3 Satzung Landesjugendamt**

Herr Bähr führt in den Tagesordnungspunkt ein und gibt das Wort an Herrn Rainer Frank, den Leiter der Zentralabteilung im Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie. In Vertretung des Staatssekretärs David Langner übernimmt Herr Frank die Einführung in das Verfahren zur Bestellung des Präsidenten und begründet die Personalentscheidung der Staatsministerin Sabine Bätzing-Lichtenthäler. Er stellt klar, dass Herr Placzek zwar bereits im März von Ministerin Sabine Bätzing-Lichtenthäler zum Präsidenten ernannt worden sei, aber durch den Status der Erprobung sei Raum für die Berücksichtigung des Votums des Landesjugendhilfeausschusses bei der endgültigen Bestellung gegeben.

Nach einer kurzen persönlichen Vorstellung von Herrn Placzek erhält der Landesjugendhilfeausschuss Gelegenheit zu einer Aussprache.

Der Landesjugendhilfeausschuss befürwortet den Personalvorschlag der Ministerin einstimmig.

Der Vorsitzende Herr Bähr wünscht Detlef Placzek im Namen des Landesjugendhilfeausschusses für seine neue Funktion viel Erfolg und alles Gute.

zu TOP 4: Annahme der Niederschrift über die Sitzung am 30. November 2015

Die Niederschrift vom 30. November 2015 wird einstimmig angenommen.

zu TOP 5: Information aus den Fachausschüssen des LJHA

Fachausschuss 1:

Zur Sitzung vom 8. April 2016 wird auf die Berichtsvorlage in der Anlage verwiesen. Der Fachausschuss 1 schlägt zum Thema „Herausforderungen und Chancen - Junge Geflüchtete in Rheinland-Pfalz“ vor, dass der Landesjugendhilfeausschuss eine Grundsatzposition formuliert ähnlich dem Armutspapier, in dem die Erkenntnisse aller Fachausschüsse einfließen sollen. Darüber hinaus befürwortet der Fachausschuss die Fortsetzung des PEP-Projektes.

Auf Vorschlag des Fachausschusses 1 wählt der Landesjugendhilfeausschuss einstimmig Imka Neumann (DRK Landesverband) als Nachfolgerin von Uwe Gaspar in den Fachausschuss.

Fachausschuss 2:

Zur Sitzung vom 19. Januar 2016 wird auf die Berichtsvorlage in der Anlage verwiesen.

Fachausschuss 3:

Der Fachausschuss hat nicht getagt. Die nächste Sitzung findet am 7. Juni 2016 statt.

zu TOP 6: Information aus den Ministerien und der Verwaltung des Landesjugendamtes

Aus dem Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen berichtet Claudia Porr in Vertretung von Frau Käseberg und Herrn Lohest über drei Punkte:

- **Zum Koalitionsvertrag:**
Neben den großen Kapiteln Kindertagesstätte und Schule gibt es ein Unterkapitel zu den unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen und deren Zugehörigkeit zum SGB VIII. Des Weiteren soll es eine Weiterführung des Programms „Familienbildung im Netzwerk“ geben sowie eine Unterstützung der Jugendämter beim Ausbau von ambulanten Hilfen. Erfreut registrierte das Ministerium im Zuge des Beteiligungsprojektes die Einrichtung einer Ombutstelle für die Kinder- und Jugendhilfe beim Bürgerbeauftragten.
- **Zum Thema unbegleitete minderjährige Flüchtlinge:**
Im Gegensatz zu den steigenden Flüchtlingszahlen zu Beginn des Jahres ergibt sich jetzt ein anderes Bild; Im Moment leben 67.000 junge Menschen in der Bundesrepublik, davon leben in Rheinland-Pfalz 2.500, was einer Quotenerfüllung von 72 % entspricht. Die Zahl der vorläufigen Inobhutnahmen ist rückläufig. Gemeinsam mit öffentlichen und freien Trägern wurde beschlossen, eine Bestandsaufnahme durchzuführen, um nicht nur die Zahl der zugewiesenen jungen Menschen zu ermitteln, sondern zu erfahren, wie viele in Einrichtungen, in Gastfamilien, in betreuten Wohnformen etc. leben und wie viele Plätze es gibt bzw. in den nächsten drei Monaten noch geplant sind. Ziel ist es, einen Überblick zu erhalten, wie Rheinland-Pfalz mit seinen Angeboten aufgestellt ist.
Zum Konzept „Schwerpunkt-Jugendamt“ soll es eine spezielle Landesverordnung geben. Auf Grund von Differenzen wird auf ein flächendeckendes Konzept verzichtet und eine Optionslösung angeboten, die es Städten und Landkreisen ermöglicht zu überlegen, selbst ein Schwerpunktjugendamt zu bilden oder mit einem Schwerpunktjugendamt zusammenzuarbeiten.
- **Zum Thema Reform des SGB VIII:**
Nach jetzigem Stand wird es einen umfassenden Referentenentwurf zum SGB VIII im Mai geben. Im Kern geht es um die Zusammenführung der Leistungen von Kindern und Jugendlichen mit und ohne Behinderung. Die Herausforderung dabei ist, dies in einem inklusiven Leistungstatbestand zu formulieren. Auf Einladung des Staatssekretärs im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend wird es am 26. April eine Konferenz aller Staatssekretäre der Jugend- und Familienministerien geben, um erste Regelungsinhalte zu kommunizieren sowie das weitere Verfahren zu erläutern.

Auf Nachfrage von Frau Otto nach der Zahl von begleiteten minderjährigen Flüchtlingen wird Frau Porr dem Landesjugendhilfeausschuss die Zahlen aus dem Integrationsministerium nachreichen.

Herr Bähr dankt Herrn Lohest und Frau Käseberg für Ihre Informationsbereitschaft und Zusammenarbeit in dieser Periode.

Johannes Jung aus dem Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur berichtet stellvertretend für Frau Caron-Petry zu den Themen aus dem Koalitionsvertrag:

- Wie vor fünf Jahren wird die frühkindliche Bildung dem Ministerium für Bildung zugeordnet werden. Dieser Zusammenschluss soll einen fließenden Übergang von Vorschule zur Schule ermöglichen. Bildungsfragen können gemeinsam beantwortet werden und die Sprachförderung erhält einen besseren Stellenwert.
- Der Koalitionsvertrag beinhaltet für den Bereich „Bildung“ Ausführungen zum Übergang von Kindertagesstätte und Grundschule, zur Sprachförderung, zu den Deutschintensivkursen (derzeit 600 Kurse) sowie zur Teilnahme der Schülerinnen und Schüler in den Klassengemeinschaften. Inklusion, die Verankerung des zentralen Wahlrechts der Eltern bezüglich Schule oder Förderschule, die Behindertenrechtskonvention, der Herkunftssprachenunterricht, die Schulsozialarbeit und Schulpsychologie sowie eine Ferienbetreuungsgarantie sind weitere Themen.

Birgit Zeller berichtet aus der Arbeit der Verwaltung des Landesjugendamtes. Sie geht kurz auf die veränderten Rahmenbedingungen ein, die sich aus dem Koalitionsvertrag ergeben. Des Weiteren informiert sie:

- zum Thema unbegleitete minderjährige Flüchtlinge.
Die Zuständigkeiten für die Verteilung und Kostenerstattung sowie für Betriebserlaubnisse für die zu bildenden Einrichtungen halten das Landesjugendamt weiter in Atem. Die begleiteten minderjährigen Flüchtlinge sind im Bereich der Kindertagesstätten ein großes Thema, aber auch im Bereich der offenen Jugendarbeit. Hier gestalten sich der Zugriff und die Zusammenarbeit jedoch deutlich schwieriger.
- über drei große Fachtagungen, die das SPFZ im Juni durchführt.
 - „An der Bruchkante von Altem und Neuem - Jugend zwischen Chance und Krise“ am 1. Juni 2016
 - „Über Grenzen hinweg“ am 14. Juni 2016
 - 3. Fachtag für „insoweit erfahrene Fachkräfte nach § 8a/8b SGB VIII am 29. Juni 2016
- über eine Fachtagung für die Fachkräfte der Pflegkinderdienste am 18. und 19. April 2016. Hier wurde die Problematik der noch nicht verabschiedeten Empfehlung zur Vollzeitpflege aufgegriffen.

Sybille Nonninger informiert zusätzlich über folgende Veranstaltungen:

- Am 9. Mai 2016 findet die Jahrestagung für die Fachkräfte im Jugendschutz zum Thema „Jugend und Medien“ statt.
- Am 31. Mai 2016 findet zum Thema „Jugend stärken“ von der Servicestelle der Diversitätsorientierten Arbeit im Netzwerk (DivAN) ein Fachtag statt,
- Am 29. Juni 2016 findet die Jahrestagung der Landesarbeitsgemeinschaft Jugendhilfeplanung statt.

**zu TOP 7: Vorlage Nr.43
Profil und Zusammensetzung der Fachausschüsse
hier: Auftrag an die Fachausschüsse zur Neustrukturierung**

Frau Nonninger führt in den Tagesordnungspunkt ein. Für die Neustrukturierung der Fachausschüsse werden die derzeitigen Fachausschüsse gebeten, auf der Basis eines Vordrucks, den die Verwaltung des Landesjugendamts den Fachausschüssen zur Verfügung stellt, die Zusammensetzung der neuen Fachausschüsse hinsichtlich Arbeitsfelder und Besetzung zu diskutieren und zu definieren.

Herr Prof. Schrappert wirft die Frage nach der Legitimation von Vertretern in den jeweiligen Fachausschüssen auf. Fachausschüsse sind nach seiner Meinung Ausschüsse, die entscheidungsorientierte Vorbereitungsarbeit zu leisten haben. Die Institutionen müssen Mitglieder benennen, die mit Legitimation in den Fachausschüssen sprechen können und dürfen, so Herr Prof. Schrappert.

Der Landesjugendhilfeausschuss beauftragt einstimmig die Fachausschüsse, sich mit dem Aufgabenprofil und der Zusammensetzung auseinander zu setzen. Ziel ist die Überprüfung des Aufgabenprofils und die Klärung der Zusammensetzung der Fachausschüsse im Hinblick auf die gewünschte Vernetzung zum Beispiel von Aufgabenfeldern und Institutionen.

**zu TOP 8: Vorlage Nr.44
Empfehlung der Fachausschüsse an die zukünftigen Fachausschüsse
hier: Auftrag an die Fachausschüsse zur Bilanzerstellung**

Der Landesjugendhilfeausschuss beauftragt einstimmig die Fachausschüsse, eine Bilanzierung zur abgelaufenen Amtsperiode zu erstellen und ggf. Empfehlungen für die Weiterarbeit an den Nachfolgeausschuss auszusprechen.

Die Verwaltung des Landesjugendamtes erstellt für jeden Fachausschuss eine Bilanzierung von erledigten und noch offenen Aufträgen. Die inhaltliche Bewertung der Arbeit wird jeweils durch den Fachausschuss erfolgen.

**zu TOP 9: Empfehlungen zur Vollzeitpflege; Arbeitspapier der Jugendämter
hier: Rückgabe des Auftrages durch den Fachausschuss 3**

Herr Prof. Schrappert führt in den Tagesordnungspunkt ein. Der Fachausschuss 3 hat in der Sitzung des Landesjugendhilfeausschusses vom 23. April 2012 den Auftrag erhalten, die Empfehlung zur Vollzeitpflege zu überarbeiten. Der Fachausschuss hat versucht, die Inhalte zusammenzutragen und alle Positionen zu berücksichtigen. Die öffentlichen Träger schlugen auf Grund der Diskussionen zur Empfehlung zur ambulanten Hilfe ein anderes Verfahren vor. Sie wollten vorab ein eigenes Arbeitspapier erarbeiten, das als Diskussionsgrundlage für den Fachausschuss dienen sollte. Als Ergebnis wurde dem Fachausschuss 3 ein Positionspapier der AG Jugendämter zum Thema Pflegekinder vorgelegt, welches als nicht mehr zur Diskussion stehend qualifiziert wurde. Der Fachausschuss hat daraufhin beschlossen, das Positionspapier zur

Kenntnis zu nehmen und anzumerken, dass die Vertretungen der freien Träger nach wie vor erheblichen Beratungs- und Nachbesserungsbedarf an den vorhandenen Empfehlungen sehen. Der Fachausschuss 3 konnte somit keinen Konsens im Gremium herstellen.

Der Fachausschuss 3 bittet den Landesjugendhilfeausschuss den Auftrag zurück zu nehmen.

Der Landesjugendhilfeausschuss nimmt den Auftrag einstimmig zurück und wird den neuen Fachausschuss mit der Erarbeitung einer Empfehlung zur Vollzeitpflege beauftragen.

zu TOP 10: Vorstellung des Jugendarrestvollzugsgesetzes

Herr Bähr begrüßt Herrn Haase und Frau Decker vom Ministerium für Justiz und Verbraucherschutz sowie Herrn Guleritsch, Richter am Amtsgericht und Anstaltsleiter der Jugendarrestanstalt in Worms.

Frau Decker stellt das Verfahren zum Jugendarrestvollzugsgesetz mit einer Präsentation vor. Sie erklärt, dass der Jugendarrest keine Jugendstrafe sei, sondern ein sogenanntes Zuchtmittel nach dem Jugendgerichtsgesetz. Zuchtmittel werden angewendet, wenn Erziehungsmaßnahmen nicht mehr ausreichen oder nicht mehr auszureichen scheinen.

Frau Decker beschreibt die verschiedenen Formen von Arrest und deren Dauer. Die Präsentation ist der Niederschrift beigelegt.

Auf eine Nachfrage nach der Wartezeit bis zum Vollzug des Arrestes antwortet Herr Guleritsch, dass innerhalb von zwei, drei Wochen eingeladen wird. In Härtefällen kann der Arrest noch am gleichen Tag verhängt und vollzogen werden. Mit dem Arrest wurden, statistisch gesehen, 40 % der jungen Menschen resozialisiert. Sie begingen keine Straftaten mehr.

Auf Grund des Gesetzes konnte für die Jugendarrestanstalt in Worms eine halbe Stelle für einen Sozialarbeiter/in gewonnen werden. Für verschiedene Maßnahmen in der Anstalt gebe es jetzt auch eine finanzielle Unterstützung, so Herr Guleritsch. Einmal pro Woche kommt eine Psychologin aus der Jugendstrafanstalt Schifferstadt.

Im Hinblick auf Qualitätsstandards, personelle Ausstattung und Umsetzung des Gesetzes plädieren Herr Prof. Schrappner und Herr Herder für eine Evaluierung nach zwei bis fünf Jahren, um zu beurteilen, was die Novellierung des Gesetzes gebracht hat.

Frau Noninger gab der Hoffnung Ausdruck, dass die Zusammenarbeit mit der Justiz zum Thema Jugendgerichtsgesetz und Jugendstrafvollzug in Zukunft wieder intensiviert werden könne und wies darauf hin, dass das Landesjugendamt mit der DVJJ eine Tagung zum Thema Arrest durchgeführt habe, an der erfreulicherweise auch die Justiz mitgewirkt habe.

zu TOP 11: Verschiedenes

Es gibt keine weiteren Themen.

Protokollführung

Vorsitzende/r

gez.

gez.

Katja Zapp

Albrecht Bähr



Anwesenheitsliste

Sitzung des Landesjugendhilfeausschusses

am 25. April 2016 in Mainz

A: stimmberechtigte Mitglieder

Nr.	Name	Vertretung	Unterschrift
1.	Bähr, Albrecht	Giensen, Christiane	✓
2.	Barrois, Peter	Künzer, Wolfgang	
3.	Bröskamp, Elisabeth	Schellhammer, Pia	
4.	Busch, Bernhard	Wassyl, Axel	entschuldigt
5.	Demuth, Ellen	Huth-Haage, Simone	
6.	Eisenstein, Claus	Lerch, Peter	entschuldigt
7.	Eberhardt, Hans-Jürgen	Mergen, Joachim	✓
8.	Haderlein, Prof. Dr. Ralf	Herzog, Silvia	✓
9.	Herder, Waldemar	Röthlingshöfer, Ingo	✓
10.	Knauer, Wolfgang	Zuber, Charlotte	
11.	Leimbach, Michael	Kiefer, Stefan	entschuldigt
12.	Lieber, Michael	Puchtler, Frank	✓
13.	Marzi, Anke	Kolling, Alexander	✓
14.	Niekisch, Eric	Goldinger, Felix	✓



Nr.	Name	Vertretung	Unterschrift
15.	Oster, Benedikt	Klöckner, Dieter	entschuldigt
16.	Otto, Stephanie	Loch, Bernd	✓
17.	Placzek, Detlef	NN	✓
18.	Schneid, Marion	Dickes, Bettina	entschuldigt
19.	Schrappner, Prof. Dr. Christian	Bundschuh, Prof. Dr. Stephan	✓
20.	Schuster, Regine	Jennes, Irene	✓
21.	Simon, Anke	Klomann, Johannes	✓
22.	Steinberg, Volker	Pötzl, Horst	✓
23.	Ulrich, Jürgen entschuldigt	Hettinger, Achim	✓
24.	Wehner, Thorsten	Brück, Bettina	✓
25.	Wilhelm, Markus	Unkelbach, Elvira	entschuldigt

B: beratende Mitglieder

26.	Aktürk, Gülcan	/	
27.	Caron-Petry, Eva	Petri-Burger, Antje	entschuldigt
28.	Christmann, Stefan	/	✓
29.	Darscheid, Maya	Luther, Ingrid	✓
30.	Detering, Elisabeth	Dillmann, Sabine	✓
31.	Diegmann, Ingeborg	/	

Nr.	Name	Vertretung	Unterschrift
32.	Frank-Morher, Sigrid	/	✓
33.	Gerlich, Renate	/	✓
34.	Haase, Robert	/	✓
35.	Hafemann, Helmut	/	entschuldigt
36.	Hasenclever, Frank entschuldigt	Höflich, Uwe	✓
37.	Heine-Wiedenmann, Dr. Dagmar	Jost, Stephanie	entschuldigt
38.	Morsblech, Nicole	/	✓
39.	Nemazi-Lofink, Peimaneh	/	✓
40.	Neu, Rudi	/	✓
41.	Orantek, Sonja	/	✓
42.	Posern, Dr. Thomas	Donath, Roberta	entschuldigt
43.	Rettig, Lea	/	
44.	Röhlich-Pause, Kerstin	/	✓
45.	Rösch, Matthias	/	entschuldigt
46.	Saess, Jürgen	/	
47.	Scholten, Bernhard	Fischer, Christina	entschuldigt
48.	Simon-Köhler, Anja	Winheller, Andreas	entschuldigt
49.	Skala, Dieter	Kettern, Frank	✓
50.	Snovski, Vladimir	NN	✓

Nr.	Name	Vertretung	Unterschrift
51.	Stubenrauch, Hubert	/	
52.	Vicente, Miguel	Orphanidou, Carolina	✓
53.	Zeller, Birgit	Nonninger, Sybille	✓

weitere Teilnehmer/innen

	Decker, Ursula		
	Guleritsch, Edgar		
	Giersen, Christiane		
	Helmerking, Delia		
	Frank, Rainer		
	Porr, Claudia		
	Nonninger, Sybille		
	Bamberger, Lisa		
	Kros, Susanne		
	Egger-Otholt, Iris		
	Diekmann, Stefanie		



Berichterstattung aus den Fachausschüssen des Landesjugendhilfeausschusses

Vorlage zur Sitzung des LJHA am	25. April 2016
Information aus dem Fachausschuss 1	08. April 2016

Folgende Aufträge / Themen wurden bearbeitet:	Stand der Beratung	B = Beschluss im LJHA erforderlich I = Information des LJHA
„Herausforderungen und Chancen - Junge Geflüchtete in Rheinland-Pfalz“	Christiane Giersen, Referentin für Kinder- und Jugendhilfe bei der Landesstelle der AG Diakonie in Rheinland-Pfalz, referiert zu den Herausforderungen und Chancen für junge Geflüchtete in Rheinland-Pfalz. Sie nennt Daten und Fakten zu Rheinland-Pfalz und erläutert verschiedene Problemfelder. In einer anschließenden Diskussion, entschließt der FA 1 sich weiterhin mit der Thematik zu beschäftigen.	I
Bericht Sachstand PEP, Praxisentwicklungsprojekt Prof. Werner Lindner	Ein „Selfie“ Kurzfilm der PEP Teilnehmer ist vorgestellt worden. Über die Beiratssitzung wurde berichtet. Es wird angeregt PEP 2 zu installieren.	I
Neubesetzung im FA 1	Imka Neumann (DRK Landesverband) wird einstimmig als Nachfolgerin von Uwe Gaspar vorgeschlagen.	B



Berichterstattung aus den Fachausschüssen des Landesjugendhilfeausschusses

Vorlage zur Sitzung des LJHA am	15.02.2016
Information aus dem Fachausschuss 2	19.01.2016

Folgende Aufträge / Themen wurden bearbeitet:	Stand der Beratung	B = Beschluss im LJHA erforderlich I = Information des LJHA
Klausurtag zu dem Thema „Kinder aus Flüchtlingsfamilien in der Kindertagesbetreuung“	Informationen - zu Eltern-Kind-Gruppen: Einführung, Praxis-Beispiele und Austausch - Finanzierung der verschiedenen Formen - Fragen zur Betriebserlaubnis - Was liegt wo auf dem Kita-Server? - allgemeine Fragen	I



8. April 2016

Vorlage Nr. 43 (14/24) zu TOP 7

für die Sitzung des Landesjugendhilfeausschusses am 25. April 2016

Profil und Zusammensetzung der Fachausschüsse des Landesjugendhilfeausschusses

Hier: Neustrukturierung

Berichterstatterin/Berichterstatter:

Frau Nonninger

Beschlussvorschlag:

Der Landesjugendhilfeausschuss beauftragt die Fachausschüsse, sich mit dem Aufgabenprofil und der Zusammensetzung auseinander zu setzen. Ziel ist die Überprüfung des Aufgabenprofils und die Klärung der Zusammensetzung im Hinblick auf die gewünschte Vernetzung zum Beispiel von Aufgabenfeldern und Institutionen.

Erläuterungen:

Nach § 10 Absatz 1 der Satzung des Landesjugendamtes können vom Landesjugendhilfeausschuss zur Wahrnehmung seiner Aufgaben Fachausschüsse gebildet werden. Für die nächste Amtsperiode spricht sich der Vorstand des Landesjugendhilfeausschusses für die Beibehaltung der bisherigen drei Fachausschüsse aus.

Für die jeweiligen Fachausschüsse wurden in dieser Amtsperiode folgende Aufgabeninhalte formuliert:



FA 1

Bearbeitung von Fragestellungen und Problemen sowie die Entwicklung von Empfehlungen für die Bereiche

- Außerschulische Jugendarbeit,
- Jugendsozialarbeit und
- Jugendschutz

Dazu zählen auch Themen, die relevante Schnittmengen zu den o.g. Fachgebieten aufweisen, wie z. B. die Ganztagschule.

FA 2

Bearbeitung von Fragestellungen und Problemen sowie Entwicklung von Empfehlungen für die Bereiche

- Tageseinrichtungen für Kinder
- Angebote für Kinder mit Behinderung in Einzelintegration und teilstationären Einrichtungen
- Kindertagespflege
- Familienbildung

Hierzu zählen Fragen der Unterstützung von Familien in ihrem Erziehungsauftrag, der Zusammenarbeit mit der Schule und Sprachförderung sowie der Vereinbarkeit von Kindererziehung und Erwerbstätigkeit.

FA 3

Erarbeitung von Empfehlungen und Arbeitshilfen für die Praxis der Jugendhilfe mit dem Ziel einer einheitlichen Umsetzung

- der Hilfe zur Erziehung,
- der Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche,
- der Hilfe für junge Volljährige sowie der
- Hilfeplanung

Für die Zusammensetzung aller Fachausschüsse gilt laut Satzung folgendes:

- Die Mitglieder müssen überwiegend dem LJHA angehören.
- Die Fachausschüsse sollen aus mindestens sieben Mitgliedern bestehen; die Mitgliederzahl soll möglichst ungerade sein.
- Die Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden werden von den Fachausschüssen selbst gewählt. Sie müssen dem LJHA angehören (§ 10 Satzung Landesjugendamt).

Auf der Basis des durch die Verwaltung des Landesjugendamtes zu erstellenden Vordrucks sollen Aufgabenprofile und Zusammensetzung der Fachausschüsse transparent gemacht werden. Im Hinblick auf die Zusammensetzung geht es vor allem darum festzuhalten, welche Handlungsfelder bzw. Institutionen im Ausschuss vertreten sein sollten.



8. April 2016

Vorlage Nr. 44 (14/24) zu TOP 8

für die Sitzung des Landesjugendhilfeausschusses am 25. April 2016

Empfehlung der Fachausschüsse an die zukünftigen Fachausschüsse des Landesjugendhilfeausschusses

Hier: Bilanzerstellung

Berichterstatterin/Berichterstatter:

Frau Nonninger

Beschlussvorschlag:

Der Landesjugendhilfeausschuss erteilt den Fachausschüssen den Auftrag, eine Bilanzierung zur abgelaufenen Amtsperiode zu erstellen und ggf. Empfehlungen für die Weiterarbeit an den Nachfolgeausschuss auszusprechen.

Erläuterungen:

Um eine kontinuierliche Weiterarbeit in den neu zu bildenden Fachausschüssen zu ermöglichen, ist es wichtig, dass die derzeitigen Fachausschüsse den neuen Fachausschüssen ggf. Empfehlungen für die Weiterarbeit geben.

Die Verwaltung des Landesjugendamtes erstellt für jeden Fachausschuss eine Bilanzierung von erledigten und noch offenen Aufträgen, die inhaltliche Bewertung der Arbeit müsste aber jeweils durch den Fachausschuss erfolgen.



Landesjugendarrestvollzugsgesetz

Vortrag beim Landesjugendhilfeausschuss
am 25. April 2016

MRin Ursula Decker

Jugendarrest

Jugendarrest

- Möglichkeit der Ahndung von Straftaten Jugendlicher bzw. Heranwachsender (§ § 5, 13, 16, 16a, 105 JGG,)
- Zuchtmittel (keine Strafe)
- Freizeit-/Kurz-/Dauerarrest (§ 16 JGG)
- Jugendarrest neben Jugendstrafe (§ 16a JGG, „Warnschussarrest“)
- Nichtbefolgungsarrest (§ § 11, 15, 23, 88 JGG, § 98 OWiG)

Landesjugendarrestvollzugsgesetz



Entstehungsgeschichte

- Föderalismusreform (2006):
Übergang der Gesetzgebungs-
kompetenz auf den Landesgesetzgeber
- Eckpunktepapier zum
Jugendarrestvollzug (2010)
- Musterentwurf eines
Jugendarrestvollzugsgesetzes (2014)
- Entwurf für ein Landesjugendarrest-
vollzugsgesetz (2015)



Landesjugendarrest- vollzugsgesetz (LJAVollzG)

- Inkrafttreten am 1. Januar 2016
- Weitgehende Ersetzung des
Bundesrechts (§ 90 JGG und – bis auf
einige Ausnahmen – JAVollzO)



Wesentliche Erwägungen

- Schaffung einer landesgesetzlichen Grundlage für einen zeitgemäßen, humanen und konsequent erzieherisch ausgerichteten Jugendarrestvollzug
- Vollzug des Jugendarrests als gravierender und oft erstmaliger Eingriff
- Ausrichtung der Maßnahmen an der Einordnung als Zuchtmittel und der kurzen Dauer des Jugendarrests



Vollzugsziel (§ 2 LJA-VollzG)

- Bewusstmachen des begangenen Unrechts, dessen Folgen und der Verantwortung hierfür
- Leistung eines Beitrags dazu, die Arrestierten zu einem eigenverantwortlichen Leben ohne weitere Straftaten zu befähigen



Mitwirkung (§ 3 LJAVollzG)

- Mitwirkungspflicht der Arrestierten
- Wecken und Fördern der Mitwirkungsbereitschaft
- Erläuterung der Maßnahmen



Grundsätze der Vollzugsgestaltung (§ 4 LJAVollzG)

- Erzieherische Ausgestaltung
- Ausrichtung auf das Vollzugsziel
- Gegensteuerungsgrundsatz
- Berücksichtigung unterschiedlicher Bedürfnisse (im Hinblick auf Geschlecht, Alter und Herkunft, Behinderung und sexuelle Identität)

Maßnahmen erzieherischer Gestaltung (§ 5 LJA-VollzG)

- Maßnahmen zur Auseinandersetzung mit den Straftaten, deren Ursachen und Folgen
- Maßnahmen zur Verbesserung der sozialen Kompetenz
- Maßnahmen zur lebenspraktischen, beruflichen und schulischen Entwicklung
- Heranführen an einen geregelten Tagesablauf

Zusammenarbeit, Einbeziehung Dritter (§ 6 LJA-VollzG)

- Enge Zusammenarbeit mit anderen staatlichen Stellen, insbesondere den örtlichen Trägern der öffentlichen Jugendhilfe, außervollzuglichen Einrichtungen und Organisationen sowie Personen und Vereinen
- Einbeziehung der Personensorgeberechtigten



Ermittlung des Hilfebedarfs, Erziehungsplan (§ 8 LJA-VollzG)

- Ermittlung des Hilfebedarfs für die Dauer des Vollzugs und die Zeit danach
- Erstellung eines Erziehungsplans, insbesondere Maßnahmen zur
 - Verbesserung der sozialen Kompetenz, namentlich zu den Schwerpunkten Gewalt, Sucht und Schulden,
 - lebenspraktischen, beruflichen und schulischen Entwicklung,
 - strukturierten Gestaltung der Freizeit (u.a. Sportangebote),
 - Vermittlung in nachsorgende Maßnahmen.



Außenkontakte (§ 17 ff. LJA-VollzG)

- Recht auf Schriftwechsel
- Pakete
- Besuche
- Telefongespräche
- Aufenthalte außerhalb der Anstalt



Schlussbericht (§ 30 LJA-VollzG)

■ Inhalt des Schlussberichts:

- Übersicht über den Vollzugsverlauf, insbesondere über die durchgeführten Maßnahmen,
- Aussagen zur Persönlichkeit und zu den gegenwärtigen Lebensumständen der Arrestierten sowie zu ihrer Mitwirkung an der Erreichung des Vollzugsziels
- Darlegung des Hilfebedarfs der Arrestierten sowie Empfehlung von weiteren externen Hilfsangeboten,
- Vorschläge zu Auflagen und Weisungen im Falle einer Bewährungsunterstellung



Jugendarrestanstalten

- Vollzug des Jugendarrests in Jugendarrestanstalten (§ § 32, 37 LJA-VollzG)
- Anstaltsleitung (§ 33 LJA-VollzG)
- Personelle Ausstattung (§ 34 LJA-VollzG)



Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit !

Sozialpädagogisches
Fortbildungszentrum

Hartmühlenweg 8
55122 Mainz

AN DER BRUCHKANTE VON ALTEM UND NEUEM

Jugend zwischen Chance und Krise

Ansprechpartnerin im SPFZ

Susanne Kros
Telefon 06131 967-130
kros.susanne@lsjv.rlp.de

Zielgruppen

Haupt- und ehrenamtliche Fachkräfte der offenen und verbandlichen Jugendarbeit, Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter, Jugendsozialarbeiterinnen und Jugendsozialarbeiter, Fachkräfte des ASD und der SPFH, Fachkräfte der Erziehungsberatungsstellen, Schüler- und Elternvertretungen, außerschulische Fachkräfte an Ganztagschulen sowie weitere Interessierte.

Teilnahmegebühr

30,00 EUR (inkl. Verpflegung).
Die Teilnahmegebühr nehmen wir vor Ort in bar entgegen.

Tagungsort

Akademie der Wissenschaften und der Literatur
Geschwister-Scholl-Straße 2
55131 Mainz
Telefon 06131 577-0
www.adwmainz.de



Bildnachweis: © Meddy Popcorn/godfer – Fotolia.com

Fachtagung für Fachkräfte der Jugendarbeit, Schulsozialarbeit, der Hilfen zur Erziehung, Mitglieder des LJHA und der Fachausschüsse sowie weitere Interessierte.



1. Juni 2016

Akademie der Wissenschaften und der Literatur, Mainz

AN DER BRUCHKANTE VON ALTEM UND NEUEM

Jugend zwischen Chance und Krise

Die im Oktober 2015 erschienene 17. Shell Jugendstudie untersucht erneut Werte, Haltungen sowie das Sozial- und Freizeitverhalten von Jugendlichen in Deutschland. Mitautor Thomas Gensicke zeigt (im Vergleich zu den Studien zuvor) auffällige Trends, besonders bei den nachwachsenden Jahrgängen. Viele Jugendliche sind zufrieden und optimistisch, und schauen zunehmend über das eigene Leben und private Umfeld hinaus. Sie zeigen mehr politisches Interesse und mehr Bereitschaft zum gesellschaftlichen Engagement. Zugleich sind ihre Identifikation mit dem Gemeinwesen und das Interesse an den Vorgängen in der Welt gestiegen.

Beate Grossegger vom Institut für Jugendkulturforschung in Wien spricht hingegen von den Jugendlichen als „Kindern der Krise“: Die heutige Jugend breche in eine Zukunft auf, die viele Chancen, aber zugleich auch etliche Risiken mit sich bringe. Die Anforderungen in Ausbildung und Beruf wüchsen stetig, Wissensgesellschaft, Migration, kulturelle Globalisierung, diverse wirtschaftliche Krisenszenarien, aber auch dynamische Entwicklungen im Bereich der Digitaltechnologien prägten die Alltagserfahrungen junger Menschen.

Im Rahmen der Fachtagung werden beide Sichtweisen auf Jugend bzw. Forschungsergebnisse über Jugendliche detailliert dargestellt und mit den Teilnehmenden diskutiert.

Im Anschluss daran haben die Fachkräfte die Möglichkeit, bezogen auf ihr Arbeitsfeld zu überlegen

- ob und wie sie diese Anzeichen bzw. Veränderungen der Jugendlichen wahrnehmen;
- mit welcher Strategie sie als Fachkraft auf die Veränderungen reagieren und was das für das eigene Arbeitsfeld bedeutet;
- wie die Fachkräfte Jugendliche unterstützen und stärken können.

PROGRAMM

9.30 Ankommen, Anmelden, Stehkafee

10.00 Grußwort des Jugendministeriums

10.20 Vortrag – An der Bruchkante von Altem und Neuem: Jugend zwischen Chance und Krise

Dr. Beate Grossegger, stellvertretende Vorsitzende und wissenschaftliche Leiterin des Instituts für Jugendkulturforschung, Wien

11.30 Rückfragen zum Vortrag und anschließende Diskussion im Plenum

12.00 Mittagspause

13.00 Vortrag mit Diskussion – Eine pragmatische Generation im Umbruch. Zentrale Ergebnisse der 17. Shell Jugendstudie

Dr. Thomas Gensicke, Gensicke Sozialforschung, München (Team Shell Jugendstudie)

14.30 Pause

14.45 Arbeitsfeldbezogene Arbeitsgruppen

15.45 Ausblick – Welche Bedeutung haben die Inhalte des Tages für die öffentliche und freie Jugendhilfe?

Birgit Zeller, Leiterin des Landesjugendamtes RLP, im Gespräch mit Volker Steinberg, Vorsitzender des Landesjugendrings RLP

ANMELDUNG

A₁

Bitte bis **18. Mai 2016**

zurücksenden oder faxen an:

SPFZ | Hartmühlenweg 8 | 55122 Mainz

Telefax 06131 967-142

Name, Vorname

Name der Dienststelle oder Einrichtung

Straße

PLZ, Ort

Telefon

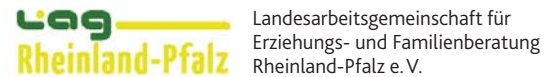
E-Mail

Unterschrift

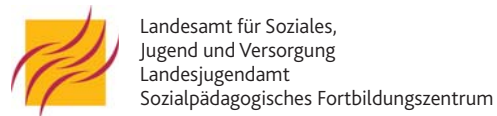
Diese Anmeldung ist verbindlich, die Anzahl der Plätze ist begrenzt. Eine Anmeldebestätigung wird nicht versandt. Absagen werden telefonisch oder per E-Mail mitgeteilt. Falls Sie von der Anmeldung zurücktreten möchten, bitten wir um schriftliche Benachrichtigung. Sollten Sie ohne Absage der Tagung fernbleiben oder Ihre Absage geht nach dem **25. Mai 2016** bei uns ein, behalten wir uns vor, Ihnen die volle Teilnahmegebühr in Rechnung zu stellen, unabhängig von den Gründen Ihres Fernbleibens.



Kooperationspartner



SPFH in Rheinland-Pfalz



ÜBER GRENZEN HINWEG

Ansprechpartnerinnen im Landesjugendamt

Susanne Kros und Michaela Hergenröder

Telefon 06131 967-130 und -376

kros.susanne@lsjv.rlp.de | hergenroeder.michaela@lsjv.rlp.de

Ansprechpartner der LAG Erziehungs- und Familienberatung

Stefan Christmann

Telefon 06341 9355130 | lag.christmann@gmx.de

Ansprechpartnerin der SPFH's

Wiebke Sawert

Telefon 0159 01024276 | w.sawert@juvente-mainz.de

Ansprechpartner der Kinderschutzdienste

Michael Breiner

Telefon 0631 316440 | michael.breiner@sos-kinderdorf.de

Teilnahmegebühr

30,00 € (inkl. Verpflegung).

Die Teilnahmegebühr nehmen wir vor Ort in bar entgegen.

Tagungsort

Erbacher Hof, Mainz | www.ebh-mainz.de

Zertifizierung

Die Tagung ist von der Landespsychotherapeutenkammer mit
8 Fortbildungspunkten zertifiziert worden.

Bitte Barcode nicht vergessen!



Zweite gemeinsame Fachtagung für Fachkräfte der
Sozialpädagogischen Familienhilfe, Mitarbeiterinnen und
Mitarbeiter der Erziehungs- und Familienberatungsstellen
sowie der Kinderschutzdienste in Rheinland-Pfalz

14. Juni 2016

Tagungszentrum Erbacher Hof, Mainz

Sozialpädagogisches
Fortbildungszentrum

Hartmühlenweg 8
55122 Mainz

ÜBER GRENZEN HINWEG

„Eltern mit Traumafolgestörungen“ war das Thema der ersten gemeinsamen Tagung der SPFH-Fachkräfte, der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Erziehungs- und Familienberatungsstellen sowie der Kinderschutzdienste im Jahr 2014. Gewünscht wurden damals weitere gemeinsame Treffen zu Themen, die alle Fachkräfte in ihrer Arbeit beschäftigen und Möglichkeiten der Zusammenarbeit deutlich machen können.

„Über Grenzen hinweg“ ist der Titel unserer diesjährigen Tagung. Er lässt sich mehrfach deuten und passt zu beiden Themen, die wir behandeln wollen:

Kinder übertreten Grenzen, wenn sie Gleichaltrigen gegenüber sexuelle Handlungen erzwingen. Sexuelle Übergriffe können in Institutionen wie Kita oder Schule ebenso stattfinden wie im Elternhaus.

Dr. Marc Allroggen geht der Frage nach, wie es dazu kommen kann, dass Kinder sich sexuell übergriffig verhalten. Zugleich richtet er den Blick auf die Fachkräfte: Wie können diese das betroffene Kind schützen, wie verhalten sie sich gegenüber dem übergriffigen Kind und wo können sich Erwachsene selbst Hilfe und Unterstützung holen?

Über viele Grenzen hinweg, aber in ganz anderem Sinne verstanden, sind begleitete und unbegleitete minderjährige Flüchtlinge gegangen, mit denen Fachkräfte in der Beratung und Sozialpädagogischen Familienhilfe aktuell zu tun haben. Uli Gerth und Ulrich Trescher werden aus ihrer jeweiligen Fachpraxis von ersten Erfahrungen berichten.

Die Fachtagung bietet zugleich im formalen und informellen Rahmen Zeit zur Begegnung, zum fachlichen Austausch und zur Vernetzung der Fachkräfte aus dem Bereich (ambulanter) erzieherischer Hilfen.

PROGRAMM

9.30 Ankommen, Begrüßungskaffee

10.00 Grußwort

Albrecht Bähr, Vorsitzender des Landesjugendhilfeausschusses und der LIGA der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege Rheinland-Pfalz

10.15 Sexuelle Übergriffe unter Kindern – Entstehungsbedingungen und Handlungsoptionen

Vortrag

Dr. Marc Allroggen, Oberarzt, Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie/Psychotherapie, Universitätsklinikum Ulm

11.15 Diskussion/Rückfragen

11.30 Pause

11.45 „Interdisziplinärer Austausch“ der Berufsgruppen über das Gehörte an Tischen und im Plenum

13.00 Mittagspause

14.00 Erste Erfahrungen eines RLP Jugendhilfeträgers in der Arbeit mit unbegleiteten minderjährigen Ausländerinnen und Ausländern

Input

Ulrich Trescher, Bereichsleiter Stiftung Juvente, Mainz

14.15 Psychologische Hilfen für Menschen auf der Flucht
Vortrag

Ulrich Gerth, Diplom-Psychologe, Caritasverband Mainz e. V., Leiter des Beratungs- und Jugendhilfezentrums St. Nikolaus, Mainz

15.00 Diskussion an Tischen und im Plenum

15.45 Schlusswort

Birgit Zeller, Leiterin des Landesjugendamtes RLP

Tagesmoderation: Susanne Kros, SPFZ

ANMELDUNG

A³⁶

Bitte bis **2. Juni 2016**

zurücksenden oder faxen an:

SPFZ | Hartmühlenweg 8 | 55122 Mainz

Telefax 06131 967-142

Name, Vorname

Name der Dienststelle oder Einrichtung

Straße

PLZ, Ort

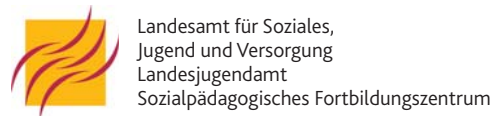
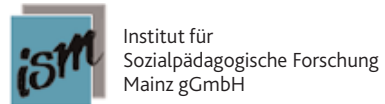
Telefon

E-Mail

Unterschrift

Diese Anmeldung ist verbindlich, die Anzahl der Plätze ist begrenzt. Eine Anmeldebestätigung wird nicht versandt. Absagen werden telefonisch oder per E-Mail mitgeteilt. Falls Sie von der Anmeldung zurücktreten möchten, bitten wir um schriftliche Benachrichtigung. Sollten Sie ohne Absage der Tagung fernbleiben oder Ihre Absage geht nach dem **7. Juni 2016** bei uns ein, behalten wir uns vor, Ihnen die volle Teilnahmegebühr in Rechnung zu stellen, unabhängig von den Gründen Ihres Fernbleibens.





3. FACHTAG

für „insoweit erfahrene Fachkräfte“
nach § 8 a/8 b SGB VIII

Ansprechpartnerinnen im Landesjugendamt

Susanne Kros und Michaela Hergenröder
Telefon 06131 967-130 und -376
kros.susanne@lsjv.rlp.de | hergenroeder.michaela@lsjv.rlp.de

Ansprechpartnerinnen im ism

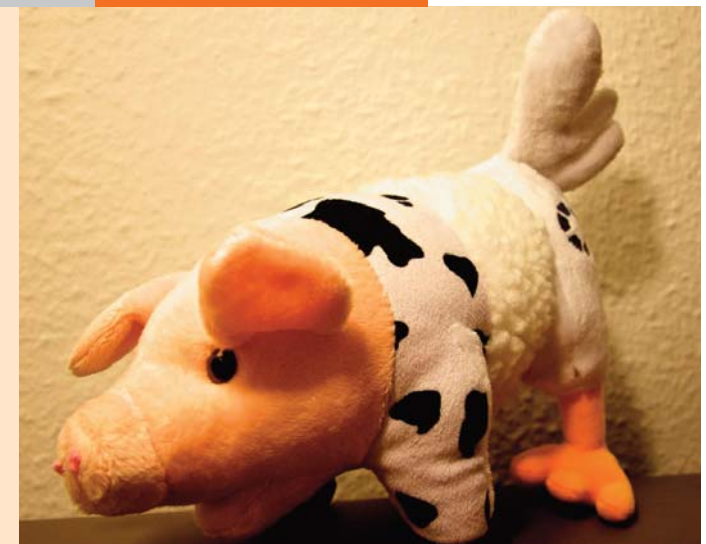
Elisabeth Schmutz und Ursula Teupe
Telefon 06131 2404122 und 2404114
elisabeth.schmutz@ism-mz.de | ursula.teupe@ism-mz.de

Teilnahmegebühr

30,00 EUR.
Die Teilnahmegebühr nehmen wir vor Ort in bar entgegen.
In der Gebühr ist die Verpflegung enthalten.

Tagungsort

Jugend- und Bürgerzentrum Kartause
Potsdamer Straße 4
56075 Koblenz
Telefon 0261 9140-60000
www.jubuez.de



Bildnachweis: © – flickr.com

Fachtagung für Fachkräfte, die bei öffentlichen und freien/privaten Trägern tätig sind und u. a. Aufgaben im Zusammenhang mit der konkreten Ausgestaltung des Schutzauftrages bei Kindeswohlgefährdung gemäß den Bestimmungen der §§ 8 a, 8 b SGB VIII und § 4 KKG übernommen haben.

29. Juni 2016

Jugend- und Bürgerzentrum Kartause | Koblenz

3. FACHTAG

für „insoweit erfahrene Fachkräfte“ nach § 8a/8b SGB VIII

Warum ein Fachtag für insoweit erfahrene Fachkräfte?

Im Zuge der Weiterentwicklung des SGB VIII (KICK – Kinder- und Jugendhilfweiterentwicklungsgesetz) ist der Schutzauftrag des Jugendamtes sowie der Träger der freien/privaten Kinder- und Jugendhilfe eindeutiger gefasst worden. Mit Inkrafttreten des Bundeskinderschutzgesetzes wurde zudem die Einbeziehung der anderen kinder- und jugendnahen Professionen und Dienste konkretisiert. Die rechtlichen Vorgaben beinhalten u. a. die Maßgabe, dass in den Prozess der Gefährdungseinschätzung eine insoweit erfahrene Fachkraft einbezogen wird.

Wir möchten den insoweit erfahrenen Fachkräften Anregungen für ihre konkrete Umsetzung des Beratungsauftrages vermitteln, aber auch ein Forum für den kollegialen Austausch anbieten.

Am Vormittag stehen die verschiedenen „Dimensionen“ des Beratungsauftrags im Mittelpunkt: Die Insofa soll in der Fachberatung noch fehlendes Fachwissen vermitteln, dazu befähigen, selbst im Prozess der Gefährdungseinschätzung tätig zu werden, sie sollte die Besonderheiten des jeweiligen Handlungsfeldes kennen und sich ihrer besonderen Rolle bewusst sein. Das sind hohe Ansprüche. Welche Beratungskompetenzen sind hierfür notwendig? Frau Henriette Katzenstein vom DIJuF wird die verschiedenen Aspekte gemeinsam mit den Teilnehmenden beleuchten und diskutieren.

Am Nachmittag haben Sie die Wahl zwischen drei verschiedenen Arbeitsgruppen:

- Migrationssensibler Kinderschutz
- Kooperation mit der Schule im Kinderschutz
- Koordination und Begleitung der Insofas

Bitte teilen Sie uns auf dem Anmeldeformular mit, welche AG Sie besuchen möchten.

PROGRAMM

9.30 Ankommen, Anmeldung, Begrüßungskaffee

10.00 Begrüßung

Sabine Schmengler, Koordinatorin für das Netzwerk Kindeswohl der Stadt Koblenz

10.15 Vortrag: „Die insoweit erfahrene Fachkraft als „eierlegende Wollmilchsau“? – Herausforderungen in der Beratung als InsoFa“

mit integrierter und anschließender Diskussion
Henriette Katzenstein, stellvertretende fachliche Leiterin des Deutschen Instituts für Jugendhilfe und Familienrecht e. V. (DIJuF)

12.30 Mittagspause

13.30 Arbeitsgruppen

AG 1: Migrationssensibler Kinderschutz – fachliches Reflexionswissen für Insofas

Ursula Teupe, ism gGmbH

AG 2: Kooperation mit Schulen im Kinderschutz

Ulrike Grob-Weidlich, Jugendamt Worms

AG 3: Gemeinsam für den Kinderschutz – Qualitätsentwicklung in der Fachberatung der insoweit erfahrene Fachkräfte

Nadja Adams, Kreisverwaltung Trier-Saarburg, Leitstelle Familie;
Martina Philippi, Stadtverwaltung Trier, Jugendamt;
Andrea Bauer-Fisseni, Lebensberatung Saarburg;
Annebärbel Neurohr-Marquenie, Caritasverband Trier e. V.

15.30 Gemeinsamer Abschluss und Ausblick

Elisabeth Schmutz, ism gGmbH

Tagesmoderation:

Susanne Kros und Michaela Hergenröder
Landesjugendamt

ANMELDUNG

Bitte das separate Anmeldeformular bis **17. Juni 2016**

zurücksenden oder faxen an:

Sozialpädagogisches Fortbildungszentrum
Hartmühlenweg 8

55122 Mainz

Telefax 06131 967-142

A
41